

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

16. Juni 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 02.06.14 wurde der Direktor des Flüchtlingsdienstes der Jesuiten in der westafghanischen Stadt Herat von Unbekannten entführt. Ebenfalls am 02.06.14 wurden bei einem Selbstmordanschlag im Distrikt Behsud der Provinz Nangarhar (Ostafghanistan) drei türkische Bauingenieure getötet. Am 06.06.14 wurde der Konvoi des Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah in Kabul angegriffen. Bei dem kombinierten Selbstmord- und Bombenanschlag starben 13 Zivilisten und Sicherheitskräfte, 46 weitere Personen wurden verwundet, Abdullah blieb unverletzt. Am 10.06.14 griffen Taliban im Norden der zentralafghanischen Provinz Logar (im Distrikt Mohammad Agha) eine Gruppe von Minenräumern an und töteten acht Arbeiter, drei wurden verletzt. Trotz vielfacher Bemühungen sind in Afghanistan immer noch über 4.500 Gebiete ausgewiesen, wo auf einer Fläche von 521 km² Minen und Blindgänger liegen. Ebenfalls am 10.06.14 entführten Unbekannte in der südostafghanischen Provinz Ghazni 36 Dozenten und Studenten der Universität Kandahar, die auf dem Weg nach Kabul waren.

Naturkatastrophen

In der nordostafghanischen Provinz Baghlan (Distrikt Guzargah-e-Nur) starben am 06.06.14 mindestens 80 Menschen bei Überschwemmungen. Etwa 2.000 Häuser sollen zerstört worden sein.

Präsidentschaftswahlen

Die Stichwahl zwischen Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani am 14.06.14 wurde von Anschlägen, Angriffen und bewaffneten Auseinandersetzungen überschattet. Angaben der Regierung und der Provinzbehörden zufolge wurden etwa 250 Menschen getötet. Es soll sich um 176 Aufständische, 44 Zivilisten und 29 Angehörige der Sicherheitskräfte handeln.

Die Wahlkommission wird das vorläufige Ergebnis am 02.07.14 verkünden. Das Endergebnis soll am 22.07.14 bekanntgegeben werden. Die Amtseinführung des neuen Präsidenten ist für den 02.08.14 geplant.

Pakistan

Anschläge

Am 03.06.14 starben sieben Menschen, als ihr Fahrzeug in der Nähe der Stadt Parachinar (Kurram Agency, FATA) auf einen an der Straße versteckten Sprengsatz fuhr. Die Behörden vermuten einen Akt religiös motivierter Gewalt. In der Gegend kommt es häufig zu Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten.

In der Stadt Fateh Jang nahe Islamabad wurden am 04.06.14 zwei Armeeeoffiziere und drei Zivilisten bei einem Selbstmordanschlag getötet. Die pakistanischen Taliban übernahmen die Verantwortung für den Anschlag. In der Region Bajaur (Stammesgebiete, Nordwestpakistan) wurden bei einem Angriff auf einen Kontrollposten vier Soldaten getötet und vier weitere verwundet.

In der Nacht zum 09.06.14 griffen zehn Kämpfer der pakistanischen Taliban den Flughafen der südpakistani-schen Küstenstadt Karachi an. Bei dem sechsstündigen Gefecht wurden alle Angreifer und – je nach Quelle – zwischen 14 und 38 weitere Menschen getötet. Mindestens 22 Menschen wurden verletzt. Die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP; ein Zusammenschluss von mindestens einem Dutzend islamistischer Gruppen) erklärte, dass es sich um einen Racheakt für Luftangriffe der pakistanischen Armee in den Stammesgebieten nahe der Grenze zu Afghanistan gehandelt habe. Nach Angaben der pakistanischen Behörden seien die An-

greifer Ausländer aus Usbekistan und Tschetschenien gewesen. Am 10.06.14 gab es einen weiteren Angriff auf den Flughafen.

Als Reaktion auf den Talibanangriff ging die Armee am 10.06.14 gegen Stellungen der Taliban im Nordwesten des Landes vor. Dabei sollen mindestens 15 Taliban getötet worden sein. Gerüchte über eine bevorstehende Bodenoffensive der Armee veranlassten ca. 58.000 Menschen dazu, aus Nord-Waziristan in die angrenzenden Gebiete zu flüchten. Am 15.06.14 bombardierte die Luftwaffe Stellungen der Islamisten in Nord-Waziristan. Dabei sollen etwa 80 Extremisten getötet worden sein, unter ihnen Abu Abdur Rehman Al-Maani, der Drahtzieher des Angriffs auf den Flughafen von Karachi.

In der balochischen Stadt Taftan an der Grenze zum Iran wurden am 09.06.14 schiitische Pilger angegriffen. Dabei starben 24 schiitische Pilger und drei Angreifer. Zu dem Anschlag bekannte sich eine sunnitische Gruppe namens Jaishul Adil. Am 11.06.14 wurden bei einem Angriff Unbekannter in Bara Bandi, Distrikt Swat, Provinz Khyber Pakhtoonkwa mindestens drei Menschen erschossen und zwei verletzt. Einer der Getöteten war Mitglied des Friedenskomitees, das Verhandlungen mit den Taliban führt.

Die USA nahmen am 11.06.14 die seit etwa einem halben Jahr ausgesetzten Drohnenangriffe auf militante Islamisten in Pakistan wieder auf. Bei zwei Angriffen in Nord-Waziristan sollen mindestens 16 Taliban-Kämpfer getötet worden sein.

Am 12.06.14 wurden in Bajaur (Federally Administered Tribal Areas, FATA) ein regierungsnaher Stammesältester und sein Sohn von mutmaßlichen Taliban erschossen. Im Swat-Tal (ebenfalls FATA) wurden drei regierungsnaher Milizionäre ermordet.

Privatsender geschlossen

Die pakistanischen Behörden haben am 06.06.14 den privaten Fernsehsender Geo TV wegen des Vorwurfs, Sendungen blasphemischen Inhalts ausgestrahlt zu haben, vorübergehend geschlossen. Nach Ansicht von Beobachtern sei der wahre Grund die wiederholte kritische Berichterstattung des Senders über das Militär und Geheimdienste.

Irak

Einnahme von Mosul und anderer Städte bzw. Stadtteile durch ISIS/ISIL

Kämpfer der Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien / Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIS/ISIL) haben seit dem 05.06.14 größere Operationen in den Provinzen Ninive, Salahaddin, Anbar, Diyala und Bagdad durchgeführt.

Eine Serie von Anschlägen am 10.06.14 spricht nach dem „Institut for the Study of War“ dafür, dass ISIS/ISIL seine Aktivitäten entlang des Mosul-Bagdad-Highways und entlang des Kirkuk-Bagdad-Highways nach Süden Richtung Bagdad fortsetzt.

Lt. Pressemeldung vom 10.06.14 ist Mosul vollständig unter Kontrolle der ISIS/ISIL. Kämpfer der Gruppe hätten u.a. auch das Badush-Gefängnis, das größte Gefängnis in der Provinz Ninive, gestürmt und Hunderte von Gefangenen hätten entkommen können. Ebenso sei der Militärflughafen in die Hände der Extremisten gefallen.

Anderen Meldungen zufolge seien weite Teile Mosuls unter Kontrolle von ISIS/ISIL. Die irakische Regierung habe eingestanden, die Kontrolle über die gesamte Provinz Ninive verloren zu haben.

Die Extremisten nahmen auch mehrere überwiegend sunnitisch-arabische Gebiete in der ethnisch gemischten Provinz Kirkuk ein. Ebenso übernahm die ISIS/ISIL die Kontrolle über die Gebiete Siniyah und Sulaiman Bek in der Provinz Salahaddin, nachdem die irakischen Sicherheitskräfte von dort vertrieben wurden.

Entwicklung nach der Einnahme von Mosul

Nach den Ausführungen des „Institut for the Study of War“ vom 11.06.14 hat ISIS/ISIL nach der Einnahme von Mosul am 10.06.14 weitere Städte unter ihre Kontrolle gebracht. Am 11.06.14 haben die Extremisten Tikrit eingenommen, die Hauptstadt der Provinz Salahaddin, Baiji sowie die Ölraffinerie in Baiji.

Weiteren Meldungen zufolge soll ISIS/ISIL auch die kleineren Ortschaften Duluiya und Yathrib nördlich von Bagdad sowie den Distrikt al-Dour/al-Daur in der Provinz Salahaddin eingenommen haben und nunmehr vor Samarra (Provinz Salahaddin) stehen. Die Extremisten sollen (derzeit) zwischen 10 und 15 Prozent des irakischen Gebietes, mit Ausnahme der Kurdischen Region unter ihrer Kontrolle haben (Stand: 11.06.14).

Kurdische Städte wie Shangal und Tel Ward, in der Nähe von Mosul, scheinen von den kurdischen Peshmerga geschützt zu werden, ebenso Kirkuk (Provinz Kirkuk) und Tuz Khormato (Provinz Salahaddin) (Stand: 11.06.14).

Lt. DPA-Meldung vom 16.06.2014 sollen die irakische Armee, Freiwillige und kurdische Peshmerga-Truppen inzwischen die Kämpfer von ISIS/ISIL gebietsweise zurückgedrängt haben.

Die Lage ist unübersichtlich. Bewaffnete Auseinandersetzungen und Anschläge wurden u.a. aus Bagdad, Tal Afar (Provinz Ninive), den Provinzen Salahaddin, Diyala und Anbar gemeldet.

Lt. Pressemeldung vom 15.06.14 vermeldeten sowohl die irakische Regierung als auch die Terrorgruppe ISIS/ISIL, dass sie jeweils Hunderte von Menschen in den letzten Tagen getötet hätten. Eine unabhängige Bestätigung dieser Berichte sei nicht verfügbar. Es seien jedoch mindestens 30 Zivilisten getötet und 89 weitere bei Bombenanschlägen und Artillerie-Feuer getötet worden.

Lt. DPA-Meldung vom 16.06.14 bereiten die USA direkte Gespräche mit Iran vor. Hierbei solle es um die Sicherheitslage in Irak und Wege zur Vertreibung von ISIS/ISIL gehen. Mit Beginn der direkten Gespräche werde in dieser Woche gerechnet.

Flüchtlinge aus Mosul

Lt. Pressemeldung der Nachrichtenagentur Shafaaq vom 10.06.14 sind tausende Einwohner von Mosul aufgrund der Kämpfe Richtung Erbil geflohen und befinden sich am al-Khazar-Checkpoint westlich der Stadt Erbil.

Lt. Pressemeldung vom 11.06.14 sind nach IOM mehr als 500.000 Einwohner aus Mosul (mit einer Einwohnerzahl von etwa zwei Millionen) vor den Kämpfen geflohen, einige würden in Richtung Osten der Stadt Schutz suchen, in der Provinz Ninive oder in der kurdischen Region des Irak. Die größten Krankenhäuser der Stadt seien nicht erreichbar. Der Ansturm habe am 10.06.14 zu Engpässen an den Checkpoints geführt, als Menschen versuchten, in das sichere Erbil zu gelangen.

Anstieg der Zahl der Vertriebenen in der Provinz Anbar

Nach Angaben von UNHCR (vgl. BN v. 06.06.14) steigt die Zahl der Vertriebenen in der Provinz Anbar. Nach Angaben der irakischen Regierung haben seit Januar 2014 etwa 434.000 Menschen in der Provinz Anbar ihre Häuser verlassen. Jedoch sei das Ausmaß der Vertreibungen nicht bekannt, da die irakischen Behörden aufgrund der unsicheren Lage die Registrierung hätten einstellen müssen. UNHCR schätzt die Zahl der gegenwärtig Vertriebenen auf etwa 480.000. Die höchste Konzentration an Vertriebenen weisen die Provinzen Anbar und Salahaddin auf, gefolgt von Erbil, Kirkuk, Suleimaniyah und Bagdad.

Führer des „Ramadi Awakening Council“ getötet

Am 03.06.14 wurde in der Provinz Anbar bei einem Selbstmordanschlag der Führer des „Ramadi Awakening Council“, auch bekannt unter „Sons of Iraq“, Mohammed Khamis Abu Risha, getötet, der auf Seiten der irakischen Regierung gegen das Terrornetzwerk „Islamischer Staat in Irak und in Syrien“ kämpft.

Angriff auf PUK-Parteigebäude

Am 08.06.14 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf die Parteizentrale der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Jalawla (Provinz Diyala) mindestens 19 Menschen getötet, etwa 60 Menschen wurden verletzt. Bei den meisten Opfern handelt es sich um kurdische Sicherheitskräfte. Zu der Tat bekannte sich ISIS/ISIL.

Militär befreit Geiseln

Am 07.06.14 eroberte das irakische Militär nach einigen Stunden den Campus der Universität in Ramadi (Provinz Anbar) zurück. Kämpfer der ISIS/ISIL hatten zuvor die Universität in Ramadi angegriffen und Studenten und Mitarbeiter der Universität als Geiseln genommen. Die Geiseln konnten befreit werden. Der mutmaßliche Anführer der Extremisten, Abu Ataa al-Halabi, wurde von den irakischen Sicherheitskräften getötet.

Syrien

Assad gewinnt Präsidentschaftswahlen

Nach offiziellen Angaben des syrischen Parlamentssprechers Mohammad al-Laham gewann Bashar al-Assad die Wahl zum Präsidenten des Landes am 03.06.14 mit 88,7% der abgegebenen Stimmen. Die beiden Gegenkandidaten Hassan al-Nuri und Maher al-Hajjar erreichten 4,3% bzw. 3,2%. Die Wahlbeteiligung soll bei 73,42% gelegen haben. Die EU hatte bereits im Vorfeld angekündigt, die illegitime Wahl nicht anzuerkennen. Aufgrund der anhaltenden Gefechte konnte nur in den von den Regierungstruppen kontrollierten Gebieten (ca. 40% des Staatsgebietes) gewählt werden.

Amnestie angekündigt

Der syrische Präsident kündigte nach seiner Wiederwahl eine Generalamnestie an, die auch für Verurteilungen wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation nach dem 2012 von Assad angeordneten Anti-Terror-Gesetz gelten soll. Die Amnestie soll Verbrechen betreffen, die vor dem 09.06.14 begangen wurden, wobei die Gefangenen nicht auf freien Fuß kommen, aber ihre Strafen reduziert werden sollen. So würden z.B. Todesstrafen in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Gefangene, die älter als 70 Jahre seien oder an einer unheilbaren Krankheit litten, sollten freikommen. Ausländische Kämpfer hätten einen Monat Zeit, sich zu stellen. Bereits am 06.06.14 sollen 320 Gefangene aus dem Gefängnis in Aleppo freigekommen sein, am 06. und 07.06.14 480 aus dem Adra-Gefängnis nördlich von Damaskus, darunter 80 Frauen. Alle waren aufgrund von Terrorvorwürfen inhaftiert.

ISIS (ISIL) auch in Deir ez-Zor / Syrische Luftwaffe soll ISIS-Kämpfer angreifen

Nach der Offensive der Terrorgruppe „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) bzw. „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“ (ISIL) im Irak steht auch die bereits belagerte syrische Stadt Deir ez-Zor (Deir al Zour) vor der Einnahme durch ISIS-Kämpfer. Seit Anfang Mai 2014 wurden nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in der Provinz Deir ez-Zor 600 ISIS-Kämpfer und Rebellen und 40 Zivilisten getötet, 130.000 Menschen sollen dort geflohen sein. Am 14. und 15.06.14 soll Syriens Luftwaffe intensive Angriffe auf Jihadisten-Stellungen an der Grenze zum Irak geflogen haben und das erste Mal intensiv ISIS-Stellungen in den syrischen Provinzen al-Hassakeh und ar-Raqqa bombardiert haben. Begründet wurde das mit der vermehrten Verbringung von Kriegsgerät aus dem Irak nach Syrien.

Syrien-Rückkehrer festgenommen

Bei seiner Rückkehr aus Syrien, wo er an Kämpfen teilgenommen haben soll, wurde am 14.06.14 ein französischer Extremist in Berlin von der Bundespolizei festgenommen. Wenige Tage vorher hatte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, noch vor Personen gewarnt, die sich dem islamistischen Jihad (Dschihad) anschließen, in die Kampfgebiete reisen und dann nach Deutschland zurückkehren. Die Warnung begründete er mit dem Hinweis auf den Mordanschlag im Jüdischen Museum in Brüssel am 24.05.14, dem vier Menschen zum Opfer fielen. Für die Tat verantwortlich gemacht wird ein Franzose, der sich der Terrorgruppe „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) bzw. „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“ (ISIL) angeschlossen hatte und nach seiner Rückkehr aktiv wurde.

Libanon

Erneutes Scheitern der Präsidentschaftswahl

Die Wahl eines neuen libanesischen Präsidenten scheiterte auch im sechsten Anlauf, da für eine rechtmäßige Abstimmung im Parlament nicht genügend Abgeordnete anwesend waren. Am 18.06.14 soll es einen neuen Versuch geben. Die Amtszeit des bisherigen Präsidenten Michel Suleiman endete bereits am 25.05.14. Es kann nur ein Maronit libanesischer Präsident werden. Der von der Hizbollah angeführte Block und das rivalisierende Lager „14. März“ konnten sich bisher nicht auf einen Kandidaten einigen.

Palästinensische Autonomiegebiete

Rund 150 Palästinenser festgenommen

Bei einem „umfangreichen Einsatz“ im besetzten Westjordanland wurden bei der Suche nach drei seit dem 12.06.14 vermissten Jugendlichen (zwei 16-Jährige sowie ein 19-Jähriger, alle Talmudschüler) am 15.06.14

ca. 150 Palästinenser festgenommen. Darunter befinden sich mindestens sieben Parlamentsabgeordnete und etwa 40 Mitglieder der radikal-islamistischen Hamas, u.a. der Parlamentspräsident Asis Dweik, sowie einige Ex-Gefangene, die Israel kürzlich freigelassen hatte. Der israelische Ministerpräsident geht davon aus, dass „eine terroristische Organisation“, er meint damit die Hamas, sie verschleppt hat. Bisher bekannte sich keine Palästinensergruppe zu einer Entführung. Israel erinnert sich an die Entführung des Soldaten Gilad Schalit im Jahr 2006, der fünf Jahre im Gazastreifen in Geiselhaft der Hamas war und erst im Oktober 2011 freikam.

EU, USA und arabische Staaten erkennen Einheitsregierung an

Nach dem Aussöhnungsabkommen, das die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO von Abbas und die extremistische Hamas Ende April 2014 geschlossen hatte, bildete sie als erstes Ergebnis eine Einheitsregierung, die innerhalb von sechs Monaten Wahlen von Präsident und Parlament organisieren soll. Der Ministerpräsident der Einheitsregierung, Rami Hamdallah, soll politisch und finanziell von den USA, der Europäischen Union und arabischen Staaten unterstützt werden. Damit liefen die Forderungen Israels zu einem Boykott der Einheitsregierung ins Leere.

Jemen

Waffenstillstand nach schweren Kämpfen

Nach schweren Kämpfen zwischen Huthi-Rebellen und Stammeskämpfern sowie Regierungstruppen um die Provinzhauptstadt Amran (Omran) im Norden Jemens, die allein am 02.06.14 100 Tote auf Seiten der Huthi und 20 unter den Soldaten gekostet hatten, wurde am 03.06.14 ein Waffenstillstand verkündet. Die zum zaidistischen Zweig der Schiiten gehörenden Huthi begaben sich Anfang des Jahres von ihrer Hochburg in der nördlichen Provinz Saada aus nach Süden bis nach Amran, ca. 50 Kilometer von der Hauptstadt Sanaa entfernt. Dort kam es immer wieder zu Gefechten mit den Kämpfern des Ahmar-Klans, dem Anführer der größten Stammeskonföderation, der mit der islamistischen Islah-Partei verbündet ist. In der Vergangenheit hatte die Regierung bereits mehrmals Waffenruhen vermittelt, die jedoch nach jeweils kurzer Zeit gebrochen wurden.

Türkei

Kritik an Polizeigewalt

Amnesty International warf in ihrem vergangene Woche veröffentlichten Bericht der Regierung in Ankara auch ein Jahr nach den landesweiten Gezi-Protesten anhaltende Unterdrückung friedlicher Proteste durch Polizeigewalt sowie Straffreiheit für Polizeikräfte vor. Demnach drohe mehr als 5.500 Menschen wegen Organisation, Teilnahme oder Unterstützung der Gezi-Proteste strafrechtliche Verfolgung, wogegen trotz Hunderter Beschwerden nur neun Polizisten angeklagt worden seien.

OSZE-Beobachter bei Präsidentschaftswahl

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beabsichtigt zur türkischen Präsidentschaftswahl Ende August 2014 Beobachter zu entsenden. Anlass dazu gäben nach OSZE-Ansicht die Kommunalwahlen vom 30.03.14, bei denen teilweise Zweifel an der Einhaltung demokratischer Standards bestanden hätten. Die türkische Regierung erklärte sich damit einverstanden.

Bei der Kommunal-Nachwahl am 01.06.14 ergaben erste Auszählungsergebnisse einen Sieg der Oppositionsparteien in den meisten der 13 Wahlbezirke, in denen die Abstimmung wegen Unregelmäßigkeiten wiederholt werden musste. Die AKP, die die Kommunalwahl Ende März 2014 deutlich für sich entschieden hatte, lag demnach nur in vier dieser Wahlkreise vorn.

Werbeverbot für Alkohol

Am 11.06.14 endete die Übergangsfrist für ein verschärftes Alkoholgesetz, das im September 2013 in Kraft trat. Ladenbesitzer, Restaurants, Kneipen oder Supermärkte müssen jede Werbung für alkoholische Getränke entfernen und Alkoholproduzenten dürfen nicht mehr mit dem Markenlogo als Sponsoren werben. Bei wiederholten Verstößen gegen das Verbot drohen hohe Geldstrafen bis zu einer halben Million Türkische Lira (ca. 175.000 €). Bereits seit September 2013 dürfen Geschäfte zwischen 22.00 und 06.00 Uhr keinen Alkohol verkaufen. In Restaurants, und Bars kann jedoch weiterhin Alkohol getrunken werden. Die Regierung begründete das Gesetz mit dem Gesundheitsschutz.

Iran

Abgeordnete fordern härtere Schleier-Regeln

Eine Mehrheit von 195 der 290 Abgeordneten im iranischen Parlament forderte Präsident Rohani vergangene Woche schriftlich auf, die Verschleierung von Frauen rigoroser durchzusetzen. Die "kulturelle Invasion" des Westens in den Iran habe es nach Zitaten der amtlichen Nachrichtenagentur Isna aus dem Schreiben darauf abgesehen, "die Lebensweise der Iraner im Hinblick auf den Schleier zu verändern".

Seit der Revolution von 1979 gilt im Iran islamisches Recht. Frauen müssen demnach weite Kleidung tragen und ihre Haare sowie ihren Hals mit einem Schleier verhüllen. In den vergangenen Jahren begannen jedoch immer mehr Frauen, ihre Schleier locker zu tragen und engere Kleidung anzuziehen. Der vor einem Jahr gewählte Präsident Rohani forderte die Polizei im Oktober 2013 auf, in der Schleierfrage tolerant zu sein.

Ägypten

Vereidigung des neuen Präsidenten

Am 08.06.14 legte der frühere Armeechef Abdel Fattah al-Sisi vor Mitgliedern des Obersten Verfassungsgerichts den Amtseid ab. Zu den anschließenden Feierlichkeiten waren u. a. der iranische Präsident Hassan Rohani und der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas eingeladen.

Die bisherige Übergangsregierung trat am 09.06.14 zurück, um al-Sisi die Möglichkeit zu geben, ein Kabinett seines Vertrauens zu bilden. Es wird erwartet, dass der bisherige Ministerpräsident Ibrahim Mahlab sein Amt behalten wird.

Sexuelle Gewalt auf den Tahrirplatz

Bei den Feierlichkeiten zur Amtseinführung des neuen Präsidenten kam es am 08.06.14 auf dem Tahrirplatz zu mehreren Fällen von sexueller Nötigung und Übergriffen auf Frauen. Nach Angaben des Innenministeriums nahmen die Behörden sieben Männer fest.

Oppositionelle verurteilt

Ein Schnellgericht in Kairo verurteilte am 11.06.14 den bekannten Oppositionellen und Blogger Alaa Abd al-Fattah sowie 24 Mitangeklagte zu je 15 Jahren Haft wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsgesetz und Angriffs auf einen Polizisten. Al-Fattah gilt als eine der Führungspersönlichkeiten der Revolution vom Januar 2011. Später organisierte er die Proteste gegen Präsident Mursi und kritisierte nach dessen Absetzung die neue Regierung.

Libyen

Weiterhin Gewalt

Am 15.06.14 wurden in der ostlibyschen Stadt Bengasi bei Kämpfen zwischen bewaffneten Islamisten und Einheiten des abtrünnigen Ex-Generals Haftar mindestens acht Menschen getötet und 15 verletzt.

Der ehemalige libysche General Haftar überlebte am 04.06.14 einen Anschlag, bei dem ein Selbstmordattentäter einen mit Sprengstoff beladenen Wagen vor einem Haus in Abyar, rund 60 km östlich von Bengasi, zur Explosion brachte, in dem Haftar vermutet wurde. Dabei kamen drei seiner Milizionäre ums Leben und es gab zahlreiche Verletzte. Die zuvor fortgesetzte „Operation Würde“ seiner Einheiten gegen islamistische Milizen mit mindestens 20 Toten in Bengasi geriet dadurch ins Stocken. Am 04.06.14 beschossen Bewaffnete den Regierungssitz von Ministerpräsident Maitiq mit einer Panzerfaust, wobei jedoch niemand verletzt wurde. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat am 05.06.14 seine Aktivitäten in Libyen vorerst eingestellt, nachdem am Mittwoch ein Schweizer IKRK-Mitarbeiter in Sirte von Unbekannten erschossen worden war.

Am 09.06.14 erklärte zudem das Oberste Gericht Libyens die Wahl des Ministerpräsidenten Ahmed Maitiq wegen Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung und Auszählung für verfassungswidrig. Daraufhin erklärte der ehemalige Ministerpräsident Abdullah al-Thinni, der nach Drohungen von Milizen gegen seine Familie im April 2014 eigentlich seinen Rückzug bekannt gegeben hatte, sein Verbleiben im Amt. Am 25.06.14 soll ein neues Parlament gewählt werden, dem soll auch Ex-General Haftar zustimmen.

Sierra-Leone/Guinea

Anzahl der Ebola-Todesfälle steigt

Das Gesundheitsministerium teilte am 09.06.14 mit, dass seit dem Ausbruch der Ebola-Seuche zwölf Menschen hieran starben. Insgesamt seien inzwischen 42 Krankheitsfälle bestätigt und 109 Verdachtsfälle gemeldet.

Im benachbarten Guinea starben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO vom 04.06.14 seit Jahresbeginn 208 Menschen an Ebola. Es wurden seitdem 328 Verdachtsfälle registriert, davon 193 bestätigt. Regionaler Schwerpunkt ist Gueckedou mit 190 Infektionen (140 Tote), Conakry mit 56 Infektionen (27 Tote) und Macenta mit 44 Infektionen (24 Tote).

Nigeria

Multinationale Task Force zur Bekämpfung der Boko Haram

Am 12.06.14 fand in London ein Treffen mehrerer westlicher und afrikanischer Staaten zur Bekämpfung der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram statt. Hierzu beschlossen Nigeria, Tschad, Benin, Niger und Kamerun die Aufstellung einer regionalen Nachrichtendienst-Einheit. Ferner sollen gemeinsame Grenzpatrouillen durchgeführt werden, um den Terroristen die Fluchtwege im Nordosten Nigerias abzuschneiden. Großbritannien, Frankreich und die USA wollen einen Beitrag auf den Gebieten Aufklärung, technische Unterstützung und Ausbildung der nigerianischen Sicherheitskräfte leisten.

Gefecht mit Boko Haram

Am 09.06.14 gab der Sprecher des Verteidigungsministeriums bekannt, dass das Militär am Wochenende (06.-08.06.14) über 50 Boko-Haram-Kämpfer bei dem Dorf Bita (Gwoza LGA, Bundesstaat Borno) getötet habe. Die Terroristen seien auf dem Weg zu Überfällen auf Dörfer in den Bundesstaaten Borno und Andamawa gewesen.

Selbstmordanschlag auf Kaserne

Am 08.06.14 gegen 11 Uhr näherte sich eine Selbstmordattentäterin der an der Biu Road in Gombe (Hauptstadt des gleichnamigen nordöstlichen Bundesstaates) gelegenen Kaserne des 301. Artillerie-Regiments. Als sie von Soldaten angehalten wurde, zündete sie den Sprengstoff. Die Attentäterin sowie ein Soldat wurden getötet, ein weiterer Soldat wurde verwundet.

Zeitungs Ausgaben beschlagnahmt

Am 06. und 07.06.14 beschlagnahmte das Militär an verschiedenen Orten Nigerias (z.B. Abuja, Port Harcourt) gedruckte Ausgaben der landesweiten Tageszeitungen Punch, The Nation, Leadership und Daily Trust. Zudem wurden Fahrzeuge durchsucht, die die Zeitungen auslieferten. In Einzelfällen wurden Fahrer für kurze Zeit verhaftet. Begründet wurden die Maßnahmen mit dem Vorliegen von Berichten, dass in den Fahrzeugen zusammen mit den Zeitungen auch Sprengsätze transportiert würden.

20 Frauen entführt

Am Mittag des 05.06.14 griffen mutmaßliche Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram die Siedlung Garkin Fulani an und entführten 20 junge Frauen und drei Männer. Für die Freilassung der 20 Frauen verlangt Boko Haram 40 Kühe pro Frau. Die Siedlung Garkin Fulani liegt nur etwa 8 km von Chibok entfernt, wo Boko Haram am 14.04.14 weit über 200 Schülerinnen entführt hatte.

Angriffe der Boko Haram auf Dörfer

Am 03.06.14 drangen im nordöstlichen Bundesstaat Borno als Soldaten verkleidete mutmaßliche Kämpfer der Boko Haram in die Kleinstadt Ngoshe sowie in die drei Dörfer Attagara, Agapalwa und Aganjara (alle in der an der Grenze zu Kamerun gelegenen Gwoza LGA) ein. Nachdem sie die Einwohner unter einem Vorwand zusammengerufen hatten, eröffneten die Militanten das Feuer auf die Bewohner. Bis zu 500 Einwohner sollen getötet worden sein.

Am Abend des 04.06.14 kamen mutmaßliche Kämpfer der Boko Haram in das in der Nähe der Universität im Außenbereich von Maiduguri (Hauptstadt des Bundesstaates Borno) gelegene Dorf Bardari. Sie forderten die Einwohner unter dem Vorwand, eine Predigt abhalten zu wollen, auf, sich vor der Dorfmoschee zu ver-

sammeln. Nachdem dies geschehen war, schossen sie unter „Allahu-Akbar“-Rufen auf die Versammelten. Etwa 45 Personen wurden getötet.

DR Kongo/Ruanda

Gefechte an der Grenze zu Ruanda

Am 11. und 12.06.14 kam es etwa 20 km nördlich von Goma, der Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu, zu Gefechten zwischen der kongolesischen und der ruandischen Armee. Nach kongolesischen Angaben seien die Gefechte ausgebrochen, nachdem ein kongolesischer Soldat von ruandischen Soldaten entführt und später getötet worden sei. Ruanda behauptet dagegen, dass kongolesische Soldaten die Grenze überschritten und ruandische Soldaten angegriffen hätten. Hierbei seien fünf kongolesische Soldaten getötet worden.

Mali

Anschlag auf Militärstützpunkt

Am 11.06.14 kamen bei einem Selbstmordanschlag auf einen Militärstützpunkt im Norden Malis mindestens vier Soldaten der UNO-Friedenstruppe MINUSMA ums Leben. Zehn weitere Menschen wurden verletzt. Der Attentäter, der sich am Eingang zum Stützpunkt in der Stadt Aguelhok in einem Fahrzeug in die Luft sprengte, wurde auch getötet. Die vier getöteten Soldaten stammen aus Tschad.

Kenia

Zahlreiche Tote bei Angriff auf Küstenstadt

Etwa 50 mutmaßliche Kämpfer der al-Shabaab griffen am 15.06.14 in der 30 Kilometer südwestlich der Ferieninsel Lamu gelegenen Küstenstadt Mpeketoni u.a. Hotels und eine Polizeistation an und schossen auf Passanten. Dabei wurden je nach Quelle zwischen mindestens 26 und mindestens 48 Menschen getötet. Mindestens ein Hotel wurde in Brand gesteckt.

Muslimischer Geistlicher getötet

Unbekannte erschossen am 10.06.14 Mohamed Idris, den Vorsitzenden des Rates der Imame und Prediger Kenias, in Mombasa auf offener Straße. Der einflussreiche gemäßigte Geistliche war ein Gegner der al-Shabaab und unterstützte die Regierung im Kampf gegen radikale muslimische Strömungen.

Kamerun

Mutmaßliche Boko Haram greifen Dorf an

Mehr als 300 Schwerebewaffnete plünderten und brandschatzten am 06.06.14 das Dorf Gorsî Tourou im Norden Kameruns. Das Militär schlug die Angreifer zurück. Dabei wurde eine unbestimmte Zahl an Menschen getötet. Ende Mai 2014 stationierte die Regierung 1.000 Sicherheitskräfte im Norden des Landes im Grenzgebiet zu Nigeria, um gegen von dort eindringende Kämpfer der Boko Haram vorzugehen.

Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik

Nach UN-Angaben vom 04.06.14 flohen seit Dezember 2013 mehr als 86.000 Menschen aus der Zentralafrikanischen Republik nach Kamerun. Bis zu 2.000 Flüchtlinge, meist Frauen und Kinder, erreichten wöchentlich Kamerun; 20 bis 30 Prozent von ihnen seien akut unterernährt. Insgesamt flohen mehr als 120.000 Menschen aus dem Land, neben Kamerun in den Tschad, in die Republik Kongo und in die Demokratische Republik Kongo.

Côte d'Ivoire

Prozess gegen ivoirischen Ex-Präsidenten

Dem früheren Präsidenten von Cote d'Ivoire, Laurent Gbagbo, wird vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag der Prozess wegen Menschenrechtsverbrechen gemacht. Gegen Gbagbo wurden „vier Anklagepunkte von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erhoben, erklärte der Gerichtshof am 12.06.14. Darunter seien Mord, Vergewaltigung und Verfolgung.

Gbagbo sei einer erstinstanzlichen Kammer überstellt worden und muss sich für die gewaltsamen Auseinandersetzungen nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl im November 2010 verantworten. Im Zuge des Machtkampfes mit seinem Rivalen und heutigem Nachfolger Alassane Ouattara wurden bis Mai 2011 mehr als 3.000 Menschen getötet. Der Ex-Präsident ist seit November 2011 in Den Haag inhaftiert. Der Gerichtshof analysierte vor der Entscheidung über einen Prozess nach eigenen Angaben die Aussagen von 108 Zeugen, mehr als 22.000 Seiten an Dokumenten sowie Audio- und Videoaufnahmen. Der 69-jährige Gbagbo weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück.

Somalia

Kriegserklärung Puntlands an Somaliland

Nachdem am 12.06.14 somaliländische Truppen die Stadt Taleh in der Region Sool kampflos eingenommen hatten, erklärte Puntlands Präsident Abdiweli Mohamed Ali Gaas Somaliland den Krieg. Er bezeichnete das Vorgehen des Nachbarlandes als inakzeptabel und kündigte eine entsprechende Reaktion seiner Regierung an. Nach Truppenverlagerungen beider Seiten stehen sich nun somaliländische und puntländische Einheiten im Norden der Regionen Sool und Sanaag gegenüber. Als Somaliland Taleh einnahm, fand dort gerade die Khatumo-III-Konferenz statt (s. u. Hintergrund). Den Teilnehmern wurde freier Abzug gewährt. Bereits im April 2014 hatte Somaliland kurzzeitig Taleh eingenommen (vgl. BN v. 22.04.14).

Hintergrund:

Die Zugehörigkeit von Gebieten in der Grenzregion zwischen Somaliland und Puntland, in denen teilweise ertragreiche Erdölvorkommen vermutet werden, sind nicht nur zwischen diesen beiden umstritten. Auch die Regionalverwaltung „Khatumo State of Somalia“ beansprucht sie für sich.

Die 2012 von Clanältesten und Politikern gegründete Regionalverwaltung mit der „Hauptstadt“ Taleh umfasst die Regionen Sool, Sanaag und Cayn (Teil von Togdheer). Anders als Somaliland strebt Khatumo keine Unabhängigkeit an, sondern einen föderal strukturierten somalischen Staat. Die Einwohner gehören zu einem großen Teil den Harti-Darod-Clans der Dulbahante und Warsangeli an. Die puntländische Bevölkerung gehört überwiegend zum Harti-Darod-Clan der Majerteen. Die somalische Regierung erkennt Khatumo State bisher nicht an.

Ukraine

Flüchtlingsströme nehmen zu

Die Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und die Kämpfe in der Ostukraine treiben immer mehr Menschen in die Flucht. Nach der Annexion der Krim zogen Tausende Krimtataren in die benachbarten südlichen Gebiete der Ukraine, in die Hauptstadt Kiew, aber auch ins westukrainische Lwiw. Ein Großteil der rund 300.000 Krimtataren will die Krim jedoch nicht verlassen.

Wegen der Kämpfe in der Ostukraine sind nach Angaben Russlands zehntausende Ukrainer auf der Flucht, die meisten seien in die russischen Grenzregionen geflüchtet. Laut der russischen Migrationsbehörde (FSM) haben in diesem Jahr mehr als 5.000 Ukrainer einen Flüchtlingsstatus beantragt. Der FMS schätzt die Gesamtzahl ukrainischer Flüchtlinge auf mehr als 140.000. Die UNO und auch die ukrainischen Behörden nennen deutlich niedrigere Zahlen. Auf der Flucht seien etwas mehr als 10.000 Ukrainer. Die meisten Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten der Ukraine würden im Land bleiben.

In der EU ist die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge noch gering. Die polnischen Behörden melden rund 600 Flüchtlinge seit Jahresbeginn. Jedoch sei in den letzten Wochen ein dramatischer Anstieg zu beobachten.

Weitere Kämpfe im Osten

Mit dem Abschuss eines ukrainischen Transportflugzeuges am 14.06.14 durch prorussische Separatisten mit 49 Toten in Luhansk hat sich die Lage weiter verschärft. Präsident Poroschenko will härter gegen die prorussischen Separatisten im Osten des Landes vorgehen und drohte mit Vergeltung. Die ukrainische Armee geht massiv gegen Separatisten vor und hat nach eigenen Angaben Separatisten aus dem Zentrum der Großstadt Maripol vertrieben. Bei Kämpfen im Gebiet Donezk erlitten die militanten Gruppen dem Verteidigungsministerium zufolge bedeutende Verluste.

Kosovo

Machtkampf nach den Parlamentswahlen

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 08.06.14 zeichnet sich eine überraschende Regierungsbildung ab. Die Demokratische Partei Kosovos (PDK) mit dem Premier Hashim Thaci hat zwar die Wahl mit 31 Prozent der Stimmen gewonnen, verfügt aber über keine tragfähige Mehrheit im Parlament. Völlig unerwartet haben sich die konkurrierenden Parteien Demokratische Liga (LDK, 26 Prozent), die Allianz für den Fortschritt (AAK, 9 Prozent) und die neu gegründete Partei „Initiative für Kosovo“ (Nisma, 5 Prozent) am 10.06.14 geeinigt, eine Regierung zu bilden. Sie wären aber auf die Unterstützung der linksnationalistischen Vetevendosje (VV, 14 Prozent) angewiesen. Der frühere UCK-Kommandant Ramush Haradinaj (AAK), der bereits 2004 Ministerpräsident war, soll das Amt erneut übernehmen.

Thaci hatte im Mai nach einem Streit im Parlament um den Aufbau einer eigenen Armee die vorgezogene Neuwahl ansetzen lassen (vgl. BN v. 12.05.14). Die Wahl verlief ruhig und ohne Zwischenfälle. Die Wahlbeteiligung erreichte mit rund 42 Prozent einen Minusrekord. Dies wird mit der wirtschaftlichen und sozialen Misere, der alles beherrschenden Korruption sowie dem nicht funktionierenden Justiz- und Gesundheitssystem erklärt. Erstmals hat sich die serbische Minderheit an der Wahl beteiligt, allerdings ebenfalls in sehr geringem Umfang.

Bundestag verlängert KFOR-Mandat

Das Parlament stimmte am 05.06.14 für den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung der Bundeswehr am KFOR-Einsatz in Kosovo um ein Jahr zu verlängern. Für den Einsatz sind weiterhin maximal 1.850 Soldaten vorgesehen. Aktuell sind unter den knapp 5.000 KFOR-Soldaten etwa 840 Bundeswehrangehörige. Vor allem im Norden des Landes gilt die Lage als nicht stabil. Die Situation sei zwar „grundsätzlich ruhig“, allerdings bleibe das „Eskalationspotenzial“ im serbisch dominierten Norden hoch.

Albanien

EU-Kommission empfiehlt Kandidatenstatus

Die EU-Kommission empfahl in ihrem am 04.06.14 veröffentlichten Bericht erneut die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus. Danach habe Albanien Fortschritte im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität und bei der Justizreform gemacht. Auch bei der am 03.03.14 in Wien stattgefundenen internationalen Balkankonferenz hieß es, dass nach dem Beitritt Kroatiens, den laufenden Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien sowie dem Kandidatenstatus Mazedoniens es nun der logische nächste Schritt sei, Albanien als Kandidatenstaat anzusehen. Die EU-Mitgliedsstaaten werden am 26./27.06.14 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden.

Kolumbien

Amtierender Staatschef gewinnt Stichwahl um das Präsidentenamt

Nachdem sich am 25.05.14 keiner der Kandidaten in der Präsidentenwahl durchsetzen konnte (vgl. BN v. 26.05.14), fand am 15.06.14 eine Stichwahl zwischen dem amtierenden Staatschef Juan Manuel Santos und Óscar Iván Zuluaga statt. Nach dem von der Wahlkommission veröffentlichten vorläufigen Ergebnis siegte Santos mit 50,9 Prozent der Stimmen. Zuluaga erhielt 45,1 Prozent. Die Guerillagruppe Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) hatte anlässlich der Wahl eine einseitige Waffenruhe vom 09.06.14

bis zum 30.06.14 verkündet. Trotzdem wurde am 14.06.14 bei einem Gefecht zwischen dem Militär und den Rebellen in Ituango (Provinz Antioquia) ein regionaler Führer der FARC getötet.

Friedensverhandlungen mit ELN

Wie am 10.06.14 bekannt wurde, führt die Regierung seit Januar 2014 mit dem Ejército de Liberación Nacional (ELN), der nach den FARC zweitgrößten Rebellenorganisation des Landes, Vorgespräche über Friedensverhandlungen. Bereits seit Herbst 2012 laufen Friedensgespräche mit den FARC.

Sri Lanka

Sri Lanka verbietet Gedenkfeier für Bürgerkriegsopfer

Zum fünften Jahrestag der Beendigung des Bürgerkrieges hat Sri Lanka alle Gedenkfeiern für zivile Opfer im Norden der Insel verboten. Dort hatte die Rebellenorganisation LTTE ein Vierteljahrhundert für einen eigenen Staat für die tamilische Minderheit gekämpft. Ein Militärsprecher erklärte, es würden am 15.06.14 keinerlei Versammlungen erlaubt. „Auch zwei oder drei Familien dürfen sich nicht in einem Haus treffen.“ Die Universität im nördlichen Jaffna blieb geschlossen. Die Regierung in Colombo befürchtet, dass die LTTE durch solche Veranstaltungen glorifiziert und wiederbelebt werden könnte. Im Süden des Landes ließ Präsident Mahinda Rajapaksa den Jahrestag dagegen als „Tag des Sieges“ feiern.

China

Gedenken an das Tiananmen-Massaker

Mit einem massiven Aufgebot an Sicherheitskräften wurde am 04.06.14 jegliches öffentliche Gedenken anlässlich des 25. Jahrestags der Niederschlagung der Demokratiebewegung verhindert. Wie Amnesty International am 03.06.14 mitteilte, wurden im Zusammenhang mit dem Jahrestag mindestens 66 Personen festgenommen, unter Hausarrest gestellt oder anderweitig in ihrer Freiheit eingeschränkt. Nur in der Sonderverwaltungsregion Hongkong waren wie in den Jahren zuvor Kundgebungen erlaubt. Dort versammelten sich Zehntausende. Die frühere britische Kronkolonie gehört seit 1997 zur Volksrepublik China und genießt unter dem Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ weitgehende Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Situation in Xinjiang

Wie Radio Free Asia am 11.06.14 berichtete, starben bei einem Gewaltausbruch am 04.06.14 in Shufu in der Präfektur Kashgar fünf Menschen. Als Regierungsvertreter während einer Hausdurchsuchung den Schleier einer Frau entfernten, wurden sie von mit Messern und Stöcken bewaffneten Männern angegriffen. Ein Polizist starb, Sicherheitskräfte erschossen vier Angreifer.

Die Behörden gehen weiterhin intensiv gegen mutmaßliche Extremisten vor. Laut chinesischen Medienberichten vom 05.06.14 verurteilten mehrere Gerichte in Xinjiang insgesamt 81 Angeklagte; neun wurden u.a. wegen Terrorismus zum Tode verurteilt; drei weitere erhielten eine Todesstrafe mit zweijährigem Aufschub, die in der Regel in lebenslängliche Haft umgewandelt wird. Am 16.06.14 verurteilte ein Gericht in Ürümqi drei Personen wegen der Beteiligung an einem Anschlag auf dem Tiananmen-Platz im Oktober 2013 (vgl. BN v. 04.11.13) zum Tode. Fünf Mitangeklagte erhielten Haftstrafen von fünf Jahren bis lebenslang.

Juristen fordern Abschaffung von Lagern

In einem Brief an den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses forderten Dutzende chinesische Rechtsexperten die Abschaffung der Lager zur Umerziehung von Prostituierten. Das System („custody and education“) bestehe ohne gesetzliche Grundlage. Die Polizei kann im Rahmen der Bekämpfung von Prostitution Prostituierte und deren Kunden bis zu zwei Jahre ohne Gerichtsverfahren in die Lager sperren. Im Dezember 2013 wurde eine ähnliche Einrichtung, das System der Lager zur Umerziehung durch Arbeit, offiziell abgeschafft.